

## **Thema Sexarbeit**

### 1. Hat

Ihre Partei eine  
grundsätzliche Haltung zu

Sexarbeit? Wie sieht diese aus?

Sexarbeit unterliegt der Berufsfreiheit nach Artikel 12 des Grundgesetzes, das hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt. Wir stellen uns gegen alle Bestrebungen, Sexarbeiter\*innen zu kriminalisieren, zu stigmatisieren oder zu diskriminieren. Daher stellen wir uns auch klar gegen das vieldiskutierte Nordische Modell. Wir wollen die Rechte und die Selbstbestimmung von Sexarbeiter\*innen stärken. Die Verbesserung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen und des Gewaltschutzes gehören für uns dazu.

### 2. Erkennt Ihre Partei Sexarbeit als Erwerbstätigkeit an?

Wir erkennen Sexarbeit bzw. den Verkauf von sexuellen und erotischen Dienstleistungen als Erwerbstätigkeit an. Gleichzeitig wollen wir durch Ausstiegsangebote mit individuellen Hilfen, Qualifizierungsmaßnahmen und Vermittlung in andere Erwerbstätigkeiten die Wahlfreiheit stärken. Dazu gehört auch, die Arbeit als Sexarbeiter\*in zu entstigmatisieren.

### 3. Wie stehen Sie zur Diskriminierung von Sexarbeitenden und Kund\*innen (z.B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- und ordnungsrechtliche Anmeldepflicht, Beweislastumkehr für Kund\*innen)?

Pflicht-Beratungen und Anmeldepflicht nach dem Prostituiertenschutzgesetz verletzen das Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeiter\*innen und verschärfen insbesondere die Situation von Sexarbeiter\*innen, die sich nicht registrieren lassen wollen oder können. Auch Diskriminierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter\*innen werden mit dem Prostituiertenschutzgesetz weiter fortgesetzt. Wir wollen das Prostituiertenschutzgesetz daher abschaffen und den Fokus stattdessen auf freiwillige Beratungsangebote und den Schutz von Sexarbeiter\*innen legen.

### 4. Gibt es in Ihrer Partei Kontakte/einen Austausch mit Akteur\*innen der Sexarbeit (z.B. Berufsverbände)?

In Niedersachsen stehen wir vor allem im regelmäßigen Austausch mit Phoenix e.V. Auf Bundesebene gibt es gute Kontakte besonders zum Berufsverband Sexarbeit, dessen Positionen die Grüne Bundestagsfraktion u.a. bei der Beratung des Prostituiertenschutzgesetzes unterstützt hat. Darüber hinaus gab es gerade in der Corona-Pandemie in Bezug zum Sexarbeits-Verbot, aber auch darüber hinaus Kontakte zu einzelnen Sexarbeiter\*innen sowie zu Unternehmen für sexuelle und erotische Dienstleistungen.

## **Thema Fachberatungsstelle Phoenix**

5. Da das niedersachsenweite Phoenix Projekt zur Stärkung von migrierten Sexarbeitenden durch aufsuchende Sozialarbeit Ende des Jahres 2022 ausläuft, bedarf es einer Weiterfinanzierung. Wird Ihre Partei sich für eine Fortführung bzw. Verstetigung des Projektes ab 2023 einsetzen?

Das Projekt ist für uns ein wichtiges Angebot, um insbesondere Sexarbeiter\*innen mit wenig Anbindung an staatliche Unterstützungsstrukturen zu erreichen, zu informieren und zu schützen. Wir unterstützen deshalb eine Verstetigung des Projektes ab 2023.

6. Wird Ihre Partei sich für eine Verstetigung der Finanzierung der seit 1989 erfolgreich tätigen und einzigen Fachberatungsstelle für Sexarbeitende in Niedersachsen Phoenix einsetzen?

Die Beratungsstelle Phoenix e.V. leistet sehr wichtige Arbeit in der Region Hannover und Niedersachsen und ist für viele Sexarbeiter\*innen eine verlässliche und unersetzbare Ansprechpartnerin. Dieses wichtige und gute Angebot wollen wir auf jeden Fall langfristig finanziell absichern.